

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Adressen: Kreis-Sparkasse Kaasphe Nr. 89, Stadtbürger Bank e. G. m. b. H., Niederl. Kaasphe.

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Kaasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postfachkonto Nr. 404 49 Amt Köln

Nummer 166

Telefon Nr. 1

Kaasphe, Montag den 20. Juli 1931

56. Jahrgang

Geldumlauf und Kassenkrise.

Was ist in Deutschland zurzeit los?

Seitens der Politiker und der Geschäftsleute besteht immer die Meinung, die Gefahren gewisser Krankheitsercheinungen des Geldwesens zu unterschätzen, umgekehrt aber gewisse vorübergehende wirtschaftliche Unzulänglichkeiten, die sich aus der Heilung dieser Krankheiten ergeben, zu überschätzen. Es gehört zu dem Vorrecht der Volkswirte, in Bezug auf die Erfahrungen der Vergangenheit ein besseres Gedächtnis zu haben als die Geschäftsleute und die Politiker, und sie haben deshalb die Pflicht, in Situationen, in denen eine allgemeine Unsicherheit über das, was eigentlich geschieht, Gefahren erzeugt, sich zum Wort zu melden.

Was ist in Deutschland gegenwärtig los? Wir haben eine Wirtschaft, die, wenn man von der amerikanischen abieht, über die beste Ausrüstung der Welt verfügt, und wir müssen heute erkennen, daß wir zuviel für die Ausrüstung des Betriebes und zu wenig für den Betrieb selbst übrig gehabt haben. In Deutschland fehlt es mithin nicht an Anlagekapital, wohl aber an Betriebskapital, und dieser Mangel ist seit vielen Monaten die Ursache unserer Schwierigkeiten.

Die Krise, die sich für jeden im voraus erkennbar entwickelte, ist nun verschärft worden durch eine Kassenkrise oder — was dasselbe ist — uns fehlen einfach in diesem Augenblick Umlaufsmittel, um gewisse notwendige Zahlungen vorzunehmen. Solche Zahlungen betreffen zunächst einmal den Devisenmarkt, d. h. aus Gründen, die mit der Politik zusammenhängen, ziehen ausländische Gläubiger Gelder ab, die sie kurzfristig in Deutschland angelegt hatten, und es fehlen einfach die technischen Mittel, um diese Bedürfnisse voll zu befriedigen. Oder besser gesagt: die im Interesse unseres Valutakurses notwendige Bereitschaft der Reichsbank, diese Devisenanprüche zu befriedigen, hat zu einer Verkleinerung der Basis geführt, auf Grund deren die Reichsbank Noten in Umlauf setzen darf. Das Bankgesetz, das die Reichsbank zwingt, eine mindestens 40-prozentige Notendeckung aufrechtzuerhalten, ist in internationalen Beträgen verankert und ist ein absolutischer Schutz gegen eine Inflation. Es geht leider in dieser Beziehung viel zu weit und hindert uns nicht nur, eine Inflation zu machen, sondern es hindert uns auch daran, mit einer gewissen Elastizität plötzlich austauschenden Kassenbedürfnissen nachzugeben. Diese akuten Kassenbedürfnisse kommen von zwei Seiten, einmal von der schon erwähnten Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln in Deutschland infolge der Abberufung kurzfristiger Kredite und zweitens von gewissen Ansprüchen, über deren Größe das Publikum entscheidet. Diese Ansprüche sind spontan mit der Bekanntgabe der Zahlungsschwierigkeiten der Darmstädter und Nationalbank entstanden. Die Bank hat ihre Schalter geschlossen und, obwohl das Reich sofort erklärt hat, daß es für alle Verbindlichkeiten der Bank gut fagt, ist das deutsche Publikum ängstlich geworden und verlangt von den Banken, den Sparkassen usw. die Zurückzahlung seiner Einlagen.

Diese Rückzahlung aller Bankeinlagen ist nun etwas, was es überhaupt nicht gibt, denn wir haben in Deutschland einen Umlauf von Zahlungsmitteln, der ungefähr vier Milliarden beträgt, und wir haben allein Sparkasseneinlagen in einer Höhe von 12 Milliarden. Diese Gelder, die verzinst werden sind zinsbringend angelegt in Hypotheken und ähnlichen absolut sicheren Anlagen. Gewiß könnten die Banken jetzt plötzlich alle diese Anlagen kündigen, aber das würde zu einem Zusammenbruch des ganzen Produktionsapparates führen. Die Wünsche des Publikums würden dabei doch nicht befriedigt werden können, denn man kann nicht mit vier Milliarden beispielsweise 12 Milliarden Sparkasseneinlagen auszahlen, zu denen nun noch die Einlagen bei den Depositenbanken kommen. Unter Publikum wird darüber enttäuscht sein, daß die Reichsregierung Bankfeiertage vorgeschrieben hat, um die Auszahlungen zunächst einmal unmöglich zu machen. Dieser Schritt war aber notwendig, weil das Publikum schon eine ganze Menge abgezogen hat und weil die Banken am Ende der Woche umfangreichere Geldmittel bereitstellen müssen, um denjenigen Kunden die üblichen Zahlungen zu überweisen, die in ihren Betrieben Löhne zahlen müssen. Die Entscheidung, die getroffen werden mußte, war einfach die, entweder man befriedigt die durch die Mangelhaftigkeit verständliche, aber volkswirtschaftlich nicht berechnete plötzliche Nachfrage der Bank- und Sparkasseneinlagen und hat am Ende der Woche nicht die Mittel, um Löhne zu zahlen oder umgekehrt, man lehnt die Wünsche des Publikums ab und zahlt dafür Löhne. Wer die Dinge nur einen Augenblick ruhig überlegt, muß zu dem Schluß kommen, daß die Lohnzahlungen aufrechterhalten werden müssen.

Die volkswirtschaftliche Lehre, die wir aus der gegenwärtigen Situation zu ziehen haben, ist, daß man in Deutschland sehr viel sparsamer werden muß, als wir es bis jetzt waren, und daß wir vor allem uns bei jeder Investierung, die zu produktiven Zwecken vorgenommen wird, genau überlegen, ob diese Investierung eine rasche Rückzahlung der investierten Gelder verspricht. Die Ausweitung des Anlagekapitals ist vor allen Dingen deshalb bedenklich geworden, weil es sich zum großen Teil um äußerst langfristige Anlagen handelt, die sich nur langsam zurückzahlen.

Front gegen Frankreichs Forderungen

Entschiedene Ablehnung auch in England und Amerika.

Berlin, 19. Juli.

Es bestätigt sich, daß die französische Regierung tatsächlich als Gegenleistung für die Beteiligung an einer zehnjährigen Anleihe von 2 Milliarden Mark verlangt:

Daß die Zolleinnahmen Deutschlands verpfändet werden, daß ein Gläubigerausschuß die Verwendung dieser Einnahmen kontrolliere, und ein Bestimmungsrecht bezüglich etwaiger weiterer deutscher Auslandsanleihen habe,

daß Deutschland seinen Wehretat während dieser zehn Jahre nicht erhöhe,

daß Deutschlands während dieses Zeitraumes keine politischen Forderungen stelle, sondern den politischen und geographischen Status quo respektiere.

Wie in politischen Pariser Kreise geäußert wird, stelle dies das Höchstprogramm der französischen Regierung dar, für dessen Aufrechterhaltung in der französischen Presse stärkste Stimmung gemacht wird.

Es ist selbstverständlich, daß diese Forderungen für Deutschland vollkommen unannehmbar sind. Immerhin ist durch ihre Veröffentlichung die Lage ganz wesentlich geklärt. Wie es scheint, besteht auch eine gemeinsame englisch-amerikanische Front gegen Frankreichs Pläne.

Die konservative Volkspartei und der Christlich-soziale Volksdienst haben an den Reichstanzler von seiner Abreise einen Brief gerichtet, in dem es heißt:

„Wir haben mit unseren Stimmen die Einberufung des Reichstages verhindern helfen und sind bereit, ihre seitherige Politik weiterhin zu stützen. Das ist nur möglich, wenn Sie, Herr Reichstanzler, in Paris die demütigenden und entwürdigenden Forderungen, die Sie dort zu erwarten scheinen, unbegrenzt ablehnen und insbesondere jede Bindung der Handlungsfreiheit für die Zukunft vermeiden.“

Wenn das Ausland jetzt nicht bereit ist, ohne entwürdigende Bedingungen einen Teil der entzogenen Kredite zurückzugeben, und zwar in langfristiger Form, durch die eine Wiederholung derartiger Krisen vermieden wird, so muß das deutsche Volk seine Lebenshaltung und seine Wirtschaft auf die veränderte Kapitalgrundlage einstellen. Rücknahme aus Schäden, die dadurch dem Auslande erwachsen, ist nicht mehr möglich. Das deutsche Volk wird aber, davon sind wir überzeugt, unter tatkräftiger Führung die schweren Opfer, die damit verbunden sind, tragen und um seiner Freiheit willen in Armut weiter arbeiten und kämpfen. Nur eine Regierung, die eine derartige Politik mit fester Hand nach innen und außen führt, wird von Bestand sein können, die gegenwärtige Krise überwinden und uns der Freiheit entgegenführen.“

Die Wirtschaftspartei und das Landvolk haben sich mit Rücksicht auf den ersten Satz des Schreibens diesem Schritt nicht angeschlossen, pflichten ihm aber im sonstigen Inhalt voll bei. Desgleichen nimmt in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, das Wort zu längerer Ausführungen, in denen er zum Schluß erklärt:

„Sollten sich die von der französischen Presse veröffentlichten „Bedingungen“ als die Grundlage erweisen, auf der die französischen Staatsmänner eine angebliche „Verständigung“ uns antragen wollen, so kann hier nur die einzige Antwort gegeben werden:

Eine deutsche Regierung, die das unterschreiben wollte, würde im selben Augenblick die Grundlage ihrer Existenz im deutschen Volke verloren haben.“

„Undisputierbar“, sagt Hoover.

Amerika nimmt die Forderungen nicht ernst.

Washington, 19. Juli.

Staatssekretär Stimson hat Präsident Hoover telephonisch die französischen Bedingungen mitgeteilt. Hoover erklärte, daß Amerika sie unmöglich diskutieren könne und daß die französischen Staatsmänner nach einer Unterhaltung mit Dr. Brüning selbst einsehen würden, daß sie undurchführbar seien. Die Reichsregierung habe, so betonte Castle, in den letzten Tagen einige sehr energische und gute Maßnahmen ergriffen, die dem Reich über die nächste Zukunft hinweghelfen würden. Nunmehr könne Deutschland erwarten, daß schnell ein auf möglichst lange Sicht berechneter Hilfsplan gefaßt werde und das sei die Aufgabe der Londoner Konferenz.

Hoover hat Botschafter Dawes, der in Chicago weilte, gebeten, sofort auf seinen Londoner Posten zurückzukehren, und Dawes wird am 22. Juli mit der „Maurellana“ abfahren, so daß dann vier prominente amerikanische Beamte, Stimson, Mellon, Dawes und Gibson, an der Konferenz, die wahrscheinlich einige Zeit dauern werde, mitarbeiten können.

Der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post“ schreibt, die amerikanische Regierung lehne es ab, die französischen Vorschläge ernst zu nehmen. Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ meldet über die amerikanische Stellungnahme: Die amerikanische Regierung glaube, daß die Kreuzerfrage durch ein Kom-

promiß gelöst werden könnte, das Beschränkungen für Deutschland und für Frankreich einschloße.

Im übrigen sei Amerika gegen jeden Versuch aus Deutschland erniedrigende Zugeständnisse herauszuquetschen und zwar, ganz abgesehen von anderen Gründen, besonders im Hinblick auf die Rückwirkungen in Deutschland und die Gefahren für die Brüning-Regierung.

Andererseits sei Amerika auch gegen solche Schritte, die, wie ein Versuch einer Isolierung Frankreichs angesehen würden, denn man glaube, daß ohne Frankreichs Mitarbeit keine Hoffnung auf politische oder wirtschaftliche Sicherheit in Europa bestände.

Auch britische Einheitsfront.

Gegen die politischen Bedingungen.

London, 19. Juli. „Amerikas Nein zu den französischen Forderungen“ ist die Hauptüberschrift der Hauptseite des Regierungsblattes „Daily Herald“. In Fettdruck heißt es weiter:

Die Vereinigten Staaten und Großbritannien werden zu den drohenden Forderungen Frankreichs Nein sagen.

Dies ist der springende Punkt in den Pariser Verhandlungen. Macdonald hat eine Sonder Sitzung des Kabinetts auf Montag vormittag anberaumt, und man erwartet, daß Henderson rechtzeitig in London eintreffen wird, um noch mit Macdonald und seinen Kollegen zu sprechen. Besprechungen haben zwischen Vertretern der Regierung und denen der Opposition stattgefunden, als deren Ergebnis eine britische Einheitsfront für die Hauptprobleme geschaffen worden ist.

In einem Leitartikel gibt „Daily Herald“ der Hoffnung Ausdruck, daß man Deutschland in Paris nicht Forderungen stellen werde, die keine Nation mit Selbstachtung zugeteilen könnte.

„Englische Bürger aller Schattierungen“, so heißt es in Fettdruck, „werden sich gegen jeden Versuch wenden, Deutschland in wirtschaftliche Knechtschaft zu stoßen.“ Derartige Versuche würden alle Hoffnung, internationalen Wohlstand wiederherzustellen, zunichte machen.

Henderson werde aber in Paris auf die Deutschen einen Druck ausüben, eine entgegenkommende Haltung einzunehmen. Auf der Londoner Konferenz werde Amerika voraussichtlich einen Antrag einbringen, daß parallel mit dem Schuldenfeierjahr ein Rüstkungsfeierjahr gehen sollte. — „Daily Express“ warnt Henderson, sich zu sehr von dem englischen Botschafter in Paris beeinflussen zu lassen, dessen Sympathie zu Frankreich bekannt wäre.

„Ein historisches Ereignis.“

Offizielle französische Erklärung zum deutschen Besuch.

Paris, 18. Juli.

Die Havas-Agentur verbreitet aus Anlaß des Besuchs des Reichstanzlers Dr. Brüning und des Reichsaußenministers Dr. Curtius, eine Auslassung, in der es heißt:

Die Reise des deutschen Reichstanzlers und des Reichsaußenministers nach Paris ist ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der Beziehungen zwischen den beiden Nationen. Von französischer Seite deutet man diese Reise als eine neue Etappe auf dem Wege einer deutsch-französischen Annäherung.

Es würde zuviel verlangt sein, von eiligen Besprechungen entscheidende Ergebnisse zu erwarten. Selbst wenn diese erste Fühlungnahme schon zur Folge haben wird, daß die Atmosphäre geklärt wird und daß die beiden Völker zu einem besseren gegenseitigen Verständnis geführt werden, würde die Initiative des Ministerpräsidenten Laval (?) nicht vergeblich gewesen sein. Der gute Wille der französischen Regierung steht fest, und man darf nicht zweifeln, daß Dr. Brüning und Dr. Curtius von den gleichen Gefühlen beseelt sind. Man wird bald wissen, ob diese logale Aussprache, die diese historische Begegnung bringen wird, genügen wird, um in den öffentlichen Meinungen der beiden Länder eine Annäherung herzustellen, die eine grundsätzliche Einigung im Laufe der Verhandlungen, die sich in den nächsten Tagen fortsetzen werden, und an denen die Außenminister von England, Amerika und Italien teilnehmen werden, erleichtert.

Diese Erklärungen klingen ja ganz schön, verdächtig schön! Sie haben anscheinend den Zweck, Optimismus zu erzeugen und Frankreich als verständlich zu zeigen, damit es hinterher wieder die „verstoßenen Deutschen“ gewelen sind, wenn kein Ergebnis zustandekommt. Daß Laval die Initiative ergriffen haben soll, ist neu und schädigt den Tatsachen gatt ins Gesicht. Nur mit sauerer Miene hat er ja unter englisch-amerikanischem Druck die Deutschen eingeladen.

Die Entwicklung in Paris.

Der äußere Verlauf der fünf Besprechungen. — Auch die Franzosen gehen nach London. — Paris schafft die Vertrauensbasis für die Anleihe.

Berlin, 19. Juli.

Nach den aus Paris vorliegenden Meldungen hat sich

der deutsche Besuch bis Sonntag mittag äußerlich folgen-
maßen weiter abgewandelt:

Bis 1 Uhr nachts waren die deutschen Minister Gäste
des amerikanischen Botschafters und hatten in einer drei-
stündigen Aussprache Gelegenheit, dem Staatssekretär Stim-
son und Schatzsekretär Mellon eine unmittelbare und ein-
bringliche Schilderung der Lage Deutschlands zu geben.
Nach dem, was man aus amerikanischen Kreisen
hört, hat die Persönlichkeit des Reichkanzlers bei den Ame-
ritanern einen starken Eindruck hinterlassen. Sonntag früh
haben die deutschen Minister einer Friedensmesse beigewohnt,
die einmal monatlich in der Notre Dame-Kathedrale stattfin-
det. Um halb 10 Uhr besuchte Dr. Curtius den englischen
Außenminister und hatte mit ihm eine längere Aussprache,
von der die beiden Minister sich direkt zu der großen
Konferenz begaben, die unter Teilnahme auch der Vertreter
von Amerika, Italien, Belgien und Japan eine Verständi-
gung über die Londoner Konferenz herbeiführen sollte.

Aus einem Kommuniquee, das der französische Minister-
präsident nach der Konferenz ausgab, geht hervor, daß diese
Verständigung gefunden worden und daß damit nunmehr
die Teilnahme Frankreichs an der Londoner Konferenz ge-
sichert ist, obwohl ein Teil der Pariser Presse noch Sonntag
früh eher einen verstärkten Widerstand gegen London erken-
nen ließ. Die Einigungsformel lautet dahin, daß die Lon-
doner Konferenz nicht bezeugt sein soll auf die Prüfung der
deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse. Wenn in dem
Kommuniquee hinzugefügt wird, Ministerpräsident Laval habe
zum Schluß dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Unter-
redung, die die französischen Minister Sonntag mittag mit
den deutschen Ministern haben, den Erfolg der Londoner Kon-
ferenz erleichtern möge, so läßt sich deutlich erkennen, daß
die politische Seite der ganzen Besprechungen ausschließlich den
Pariser Besprechungen vorbehalten bleibt.

Damit haben die Franzosen ihren Standpunkt durchgesetzt.
Sie wollten verhindern, daß sich in London eine große poli-
tische Aussprache entwidelt, bei der die Amerikaner etwa
auch Probleme, wie die Abrüstung, aufrollen könnten. Nach
Ansicht Berliner politischer Kreise ist gegen die jetzt festgelegte
Zweiteilung in dem Verhandlungsmodus vom deutschen
Standpunkt aus nichts einzuwenden. Es ist ganz logisch, daß
man in Paris zunächst die politischen Schwierigkeiten aus der
Welt schafft, die den Erfolg von London verhindern oder
doch beeinträchtigen könnten.

Einigung in Paris.

Die Schwierigkeiten vorläufig behoben. — Grundsätzliche
Bereitschaft zur Zusammenarbeit wird proklamiert. —
Finanzielle Garantien und Maßnahmen zur politischen
Beruhigung sollen später getroffen werden.

Das Wort hat die Londoner Konferenz.

Paris, 20. Juli. Die am gestrigen Sonntag gegen 20 Uhr
unterbrochenen deutsch-französischen Verhandlungen, die im
Anschluß an das Essen bei Briand fortgesetzt wurden, wur-
den gegen 23 Uhr abgeschlossen. Ueber das Ergebnis der
deutsch-französischen Besprechungen in Paris wurde eine ge-
meinsame deutsch-französische Verlautbarung veröffentlicht.
Die folgenden Wortlaut hat:

„In einer kürzlichen Botschaft hatte der deutsche
Reichskanzler den Wunsch ausgesprochen, in direkte Be-
rührung mit der französischen Regierung zu treten, um die
Mittel zu finden, gemeinsam an der Besserung der Be-
ziehungen der beiden Länder arbeiten zu können. Der Chef
der französischen Regierung hat darauf spontan geant-
wortet, daß er mit Befriedigung einer Zusammenkunft ent-
gegenstehe, deren Durchführung sich im Hinblick auf die
Ereignisse, die die wirtschaftliche und finanzielle Lage
Deutschlands berühren, sowie im Hinblick auf die Rück-
wirkung auf die anderen Staaten als zweckmäßig erweisen
hat. Infolgedessen sind die Vertreter der beiden Regie-
rungen am 18. und 19. Juli in Paris zusammengetreten.
Sie waren sich darin einig, die Bedeutung dieser Zu-
sammenkunft anzuerkennen und zu bestätigen, daß sie den
Anfang einer vertrauensvollen Zusammenarbeit bedeuten
soll. Der Reichskanzler hat hierbei die verschiedenen
Seiten der Krise, unter der sein Land leidet, beleuchtet. Die
Vertreter der französischen Regierung erklärten in
Anerkennung der Schwere dieser Krise, daß sie unter
dem Vorbehalt gewisser Finanzgarantien
und Maßnahmen für die politische Beruhigung bereit
seien, zu einem späteren Zeitpunkt die Grundsätze einer
finanziellen Zusammenarbeit im internationalen Rahmen
zu erörtern. Die Vertreter der beiden Regierungen haben
jedoch jetzt bereits Wert darauf gelegt, ihren Willen zu
betonen, unter sich im Rahmen des Möglichen die künf-
tigen Bedingungen für eine wirksame Zusammenarbeit auf
politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu schaffen. Sie
sind sich darüber einig geworden, ihre Bemühungen zu ver-
einen, um den Kredit und das Vertrauen in eine At-
mosphäre der Ruhe und der Sicherheit wieder herzustellen.“

Ein neuer englischer Anleiheplan?

Die Bank von England als Treuhänder?

Paris, 19. Juli.

Von amerikanischer Seite verlautet, daß die Engländer
angeblich an einer langfristigen Anleihe für Deutschland
nicht teilnehmen wollen, sondern vorgeschlagen haben, daß
die Amerikaner und Franzosen nicht dem Deutschen Reich
eine langfristige Anleihe gewähren, sondern der Bank von
England, und daß diese dadurch in den Stand versetzt wird,
dem Reich oder der Reichsbank mit Krediten auszuweichen.
Der Plan findet natürlich auf französischer Seite allgemeine
Ablehnung, da man in ihm den rein finanziellen Cha-
rakter der Kreditoperation erblickt, der damit von allen po-
litischen Bindungen losgelöst wäre.

Die Ausfoderung des Zahlungsverkehrs

Beschränkte Barabhebungen gestattet. — Geldbrückflüsse an die Banken.

Die Reichsregierung hat am Samstagabend eine neue
Notverordnung erlassen, in welcher die Ausfoderung
des Zahlungsverkehrs teilweise durchgeführt wird
und deren Bestimmungen im folgenden kurz zusammenge-
faßt werden können:

Die Notverordnung regelt zunächst den Zahlungsver-
kehr nur für die Zeit vom 20. bis 23. Juli. Gestattet sind
den Banken Auszahlungen bis zu fünf Prozent des Gutha-
bens, höchstens aber 100 Mark. Aus Sparkonten und von
Sparkassendepositen können bis 20 Mark gezahlt werden. Even-
tuelle Nachweise des Bedürfnisses gefordert werden. Un-
beschränkte Auszahlung erfolgt für Löhne, Gehälter, Steuern,
Sozialversicherung und Frachten für angekommenes Gut.
Auszahlungen aus nach dem 15. Juli entstandene Guthaben
sind unbeschränkt. Ferner werden in der Notverordnung
geregelt der Ueberweisungsverkehr, Fragen der Wechselpro-
teste und der Schiffsverkehr. Reichspost, Reichsbank, Gold-
diskontbank unterliegen keiner Beschränkung im Zahlungs-
und Ueberweisungsverkehr.

Die dritte Verordnung über die Wiederaufnahme des
Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen stellt damit eine
weitere, nicht unerhebliche Foderung des Zahlungsver-
kehrs dar. Während unmittelbar nach den Bankfeiertagen
die Sorge der Regierung sich in erster Linie darauf richten
mußte, die Auszahlung von Löhnen und Sozialleistungen
zu sichern, kann nunmehr für die nächsten vier Tage dazu
übergegangen werden, weitere Beträge aus Spar- und
Bankkonten zur Befriedigung der dringendsten
Lebensbedürfnisse freizugeben. Es ist zu erwarten,
daß diese Beträge bald erhöht werden können, wenn
in der Abhebung von Guthaben für nicht unbedingt notwen-
dige Zwecke die erforderliche Zurückhaltung gewahrt wird.

Bereits jetzt machen sich erfreulicherweise bei zahlreichen
Geldinstituten Geldbrückflüsse bemerkbar, die zeigen,
daß allmählich das Vertrauen wiederkehrt. Da
die erhöhten Zinsen außerdem das Halten hoher
Barmittel unwirtschaftlich gestalten, ist zu hoffen, daß die bei
den Banken und Sparkassen wieder eingezeichneten Beträge

sehr rasch der Produktion wieder zugeführt werden. Um
diese Entwicklung zu fördern, ist die Bestimmung getrof-
fen, daß über alle nach den Bankfeiertagen eingezahlten
Beträge völlig frei verfügt werden kann, sowohl durch Bar-
abhebungen wie durch Ueberweisungen.

Zur weiteren Erleichterung des Zahlungsverkehrs wird
der bisherige beschränkte Ueberweisungsverkehr durch die von
den größten deutschen Banken erfolgte Gründung eines
Haftungsverbandes eine weitere Förderung erfah-
ren. Innerhalb aller bei den beteiligten Banken geführten
Konten dürfen als Anfangsbetrag 15 000 Mark täglich über-
wiesen werden. Eine weitere Erhöhung dieses Betrages ist,
sobald es die Verhältnisse gestatten, vorgesehen.

Ferner führt die Verordnung befristete Verrech-
nungschecks ein, um den Inhabern von Bankkonten
die Verfügung über ihre Guthaben in weiterem Umfang
zu ermöglichen. Solange die Bankguthaben noch nicht völlig
freigelegt werden können, sind diese Schecks also nur im
Verrechnungswege, also nicht bar einlösbar. Es ist
jedoch zu erwarten, daß der befristete Verrechnungsscheck
trotzdem in weitem Umfang im Geschäftsverkehr Ver-
wendung finden wird.

Sehr wesentlich ist, daß der Zahlungsverkehr der
Reichsbank, der Deutschen Golddiskontbank und vor allem
der Postcheckverkehr in vollem Umfang aufrecht erhalten
bleibt.

Im Interesse des Zahlungsverkehrs muß trotz mancher
Härten, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen leider
nicht vermieden werden können, auch der Gläubiger
von Wechseln wieder zu seinem Gelde kommen. Das
ist auch unbedingt notwendig, um den Geschäftsverkehr der
Reichsbank ins Leben zu halten. Nach normalem Verlauf wür-
den die seit den Bankfeiertagen zu bezahlenden Wechsel
sämtlich Anfang der Woche fällig werden. Um jedoch dem
Wechselschuldner Gelegenheit zu geben, sich die Zahlungs-
summe zu beschaffen, ist in der Verordnung vorgesehen, daß
die Erhebung des Wechselprotestes nach der Fällig-
keit der Wechsel gestaffelt wird.

Zuchthaus für Kapitalflucht.

Endlich scharfe Maßnahmen. — Sechs Milliarden im Aus-
land!

Berlin, 19. Juli.

Die Notverordnung gegen die Kapitalflucht, die vom
ganzen Volke mit Ausnahme der Betroffenen mehr als alle
anderen Maßnahmen begrüßt wird, geht mit Gefängnis und
Zuchthaus gegen diejenigen vor, die ihr Geld der deutschen
Wirtschaft entziehen und es ins Ausland verbringen. Diese
Verordnung ist von großer Bedeutung und Tragweite.

Jeder, der Geld im Ausland hat, wird verpflichtet, dem
Finanzamt genaue, eidesstattliche Mitteilung zu machen.
Wer diese Frist zur Anmeldung nicht einhält, wird rüch-
tungslos mit Zuchthaus, Gefängnis und Aberkennung der
bürgerlichen Ehrenrechte bestraft.

Um Vergünstigungen im Ausland zu
erschweren, hat jeder Deutsche beim Grenzübergang 100 Mark
zu zahlen. Dem Ausland muß erklärt werden, daß Deut-
sche ihr Geld jetzt nicht im Ausland verbrauchen können.

Wenn die Gesamtsumme des bisher ins Ausland geflo-
henen Kapitals auch rein rechnerisch sich nicht so leicht
ermitteln läßt, bevor nicht die Registrierung erfolgt ist, so
kommt man nach vorläufigen sachverständigen Schätzungen
doch zu einer Summe von rund sechs Milliarden Mark.

Selbst wenn diese Zahl noch zu hoch gegriffen sein
sollte, so ist doch klar, daß es höchste Zeit war, strenge und
wirksame Maßnahmen gegen diese ungeheure Schädigung
der nationalen Wirtschaft zu ergreifen.

Berlin, 19. Juli.

Die Reichsregierung veröffentlichte am Samstagabend
die Notverordnung über die Kapital- und Steuerflucht,
welche noch vor der Abreise des Reichskanzlers und des
Reichsaußenministers nach Paris in ihren Grundzügen be-
ratet und beschlossen worden war. Hierbei ist festzustellen,
daß die Verordnung noch wesentlich schärfer ausgefallen ist,
als man ursprünglich angenommen hatte. Die mit ihrer
Verkündung zum Gesetz gewordenen Maßnahmen be-
zwecken einmal die Eintreibung von gehamferten ausländi-
schen Banknoten und Geldern, welche in ausländischer Wäh-
rung angelegt sind und gleichzeitig die Eintreibung hinter-
zogener Steuern.

Die Verordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht ist
in drei Abschnitte gegliedert, von welchem der erste die
Ankaufsmöglichkeit von Devisen durch die
Reichsbank regelt, der zweite die Steueramnestie und
der dritte eine verstärkte Steueraufsicht. Im ein-
zelnen bestimmt die neue Notverordnung folgendes:

Die Anzeigepflicht von Devisen.

Alle Personen, denen ausländische Zahlungsmittel oder
Forderungen in ausländischer Währung gehören, sind ver-
pflichtet, diese Zahlungsmittel oder Forderungen binnen
einer von der Reichsregierung zu bestimmenden Frist der
Reichsbank zu ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen an-
zugeben. Verlangt es die Reichsbank, so sind diese Zah-
lungsmittel und Forderungen zu verkaufen und zu über-
tragen.

Wer legitimen Devisenbedarf geltend macht (Im-
porteur), soll der Reichsbank Anzeige machen; in solchen
Fällen prüft die Reichsbank, ob diese Behauptung richtig ist.
Bejahendenfalls behält der Devisenbesitzer seine Devisen,
verneinendenfalls kann die Reichsbank den Verkauf verlan-
gen. Die Reichsregierung wird die erste Frist sofort bekannt-
machen. Für Personen, die sich bei Inkrafttreten der Ver-
ordnung im Ausland befinden haben, läuft die Frist frühe-
stens eine Woche nach Rückkehr.

Die genannten Vorschriften finden auch auf die Fälle An-
wendung, die seit dem 13. Juli ausländische Wertpapiere
gegen ausländische Zahlungsmittel oder ausländische For-
derungen erhoben haben. Als Zahlungsmittel sollen nicht
Scheidemünzen gelten. Als Forderungen sollen nicht gel-
ten, die mit einer längeren Frist als drei Monate kündbar
sind.

Zurückverhandlungen werden mit Gefängnis, in beson-
ders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren
bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe in unbeschränkter
Höhe, auf Einziehung und auf öffentliche Bekanntmachung
des Urteils erkannt werden.

Die Steueramnestie.

Sehr wichtig ist auch die im zweiten Abschnitt behan-
delte Steueramnestie. Wer in seiner Vermögenserklärung
bisher verschleierte Werte angibt, soll von allen Nach-
steuern (einschließlich Landes- und Gemeindesteuern) und
Strafen frei sein. Zu diesem Zweck wird die gegenwärtig
laufende Vermögenssteuererklärung bis 31. Juli 1931
verlängert. Hat jemand eine Steuererklärung schon abge-
geben, so ist sie bis 31. Juli 1931 zu ergänzen. Wer auch
jetzt seinen steuerlichen Verpflichtungen noch nicht nach-
kommt, setzt sich nicht nur den Strafen der Reichsabgaben-
ordnung, sondern in besonders schweren Fällen der Zuch-
thausstrafe bis zu zehn Jahren aus.

Die Steueraufsicht.

In dem Abschnitt „Steueraufsicht“ werden zunächst
solche Personen, die bisher zur Buchführung nicht verpflich-
tet waren und ein Einkommen in einer vom Reichsfinanz-
minister zu bestimmenden Höhe haben, zur Buchführung
verpflichtet. Ferner soll bei Buch- und Betriebsprü-
fungen von Aktiengesellschaften usw. die Prüfung auch hin-
sichtlich der Aufklärung der Verhältnisse von in Dienst des
betreffenden Unternehmens angestellten Personen zulässig
sein.

Die Reichsmark in Rußland.

Nichtannahme wird bestraft.

Moskau, 19. Juli. Amtlich wird gemeldet, daß im Zu-
sammenhang mit der in Deutschland ausgebrochenen Fi-
nanzkrise verschiedene staatliche Organisationen in der
Sowjet-Union, darunter auch in Moskau, die Annahme von
deutscher Reichsmark verweigert hätten.

Die Valutaverwaltung des Finanzkommissariats der
Sowjetunion teilt zu diesen Vorgängen mit, daß sämtliche
russischen privaten und staatlichen Unternehmungen ver-
pflichtet seien, die Reichsmark als Valuta zum amtlichen
Kurs, wie ihn die Reichsbank festsetze, anzunehmen.

Im Zusammenhang mit dieser Erklärung hat die OGPU,
sechs Leiter der staatlichen Organisation in Moskau ver-
haftet, weil sie sich geweigert hätten, Reichsmark anzu-
nehmen.

Deutsche Guthaben in Dänemark gesperrt.

Eine ungeheuerliche Maßnahme.

Kopenhagen, 19. Juli.

„Politiken“ bringt als einziges Morgenblatt die auf-
sehenerregende Meldung, daß die dänischen Großbanken
unter Führung der dänischen Nationalbank beschlossen ha-
ben, alle deutschen Guthaben bei ihnen zu sperren, solange
die deutsche Notverordnung in Kraft bleibt. Die deutschen
Konten in Dänemark sollen auf diese Weise als Pfand für
dänische Marktkonten in Deutschland dienen.

„Politiken“ greift diese Maßnahme auf das heftigste an
und sagt, daß sie dazu beitragen werde, die dänische Bank-
welt zu misgreditieren, da Dänemark mit diesem Vorgehen
völlig allein dastünde. Die Maßnahme sei ein so unge-
heuerlicher, als Deutschland Dänemarks weitestgehend für
seine landwirtschaftlichen Produkte sei.

Aus der Heimat

Montag den 20. Juli 1931

Wetterausichten für Dienstag: Zunächst keine wesentliche Änderung der Gesamtverhältnisse abzuwarten, doch ist ein Nachlassen der Regeneinwirkung wahrscheinlich.

* **Bei Wechsellern,** deren Fälligkeitstag in der Zeit vom 11. bis 18. Juli 1931 liegt, kann die Erhebung des Protestes nicht am Montag, 20., und Dienstag, 21. Juli 1931, darf jedoch noch in der Zeit vom Mittwoch, 22. Juli, bis Freitag, 24. Juli 1931 einschließlich, geschehen. Bei Wechsellern, deren Fälligkeitstag in der Zeit von Sonntag, 19., bis Donnerstag, 23. Juli 1931, einschließlich liegt, kann die Erhebung des Protestes nicht vor dem dritten Werttage und darf noch am 4. und 5. Werttage nach dem Zahlungstage geschehen. Für die Kreditinstitute gelten hinsichtlich der Erfüllung ihrer eigenen Verbindlichkeiten aus der Annahme von Wechseln von Montag, 20. Juli 1931, ab keine Beschränkungen des Zahlungsverkehrs.

* **Ein lehrreicher, aber kostspieliger Fall.** Von einer dem Handwerker nahestehenden Seite wird uns geschrieben: Vor kurzer Zeit fiel im Stadtteil Essen-Mittelscheid ein Schwarzarbeiter, dem der Hausbesitzer die Instandsetzung eines Zimmers übertragen hatte, von der Leiter und zog sich einen schweren Bein- und Schenkelbruch zu. Betanztlich ist in solchen Fällen, in denen ja der Schwarzarbeiter bei der Unfallversicherung nicht angemeldet ist, der Auftraggeber für den Betriebsunfall haftbar. Der betreffende Hausbesitzer hatte geglaubt, in dem Schwarzarbeiter eine billige Arbeitskraft zu haben, muß nun aber für den Verunglückten jährlich eine hohe Rente aufbringen. Dieser Fall sollte gerade in der heutigen Zeit, in der die Schwarzarbeit so läppig ins Kraut schießt, den Hausbesitzern und Auftraggebern endlich die Augen öffnen. Durch die Beschäftigung eines Schwarzarbeiters übernimmt in jedem Falle der Auftraggeber ein großes Risiko. Er ist für den während der Arbeit entstehenden Betriebsunfall persönlich haftbar. Aber auch in den Fällen, wo alles gut gehen sollte, muß der Auftraggeber Beiträge zur Berufsgenossenschaft für den von ihm beschäftigten Schwarzarbeiter entrichten. Schwarzarbeiten, die selbständig gegen Entgelt ausgeführt werden, werden nicht bei der Gewerbebehörde angemeldet, von ihnen werden auch keine Steuern und sozialen Abgaben entrichtet. Darin besteht das volkswirtschaftliche Schädliche der Schwarzarbeit, durch die teureren neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, dagegen die vorhandenen in einer unlauteren Konkurrenz dem realen selbständigen Gewerbe und seinen Arbeitnehmern entzogen werden. Der Auftraggeber und Hausbesitzer, der also Schwarzarbeiten vergibt, macht sich der Unterstützung eines unrellen Geschäftsbetriebs schuldig. Man möge auch bedenken, daß der Herr preussische Minister für Handel und Gewerbe vor kurzem noch in einem Rundschreiben an die Herren Regierungspräsidenten die Bekämpfung der Schwarzarbeit schärfstens gefordert und aus diesem Grunde ein enges Zusammenarbeiten der berufständigen Organisationen mit den Behörden gewünscht hat. Die Schwarzarbeit wird auch energig abgelehnt von den Arbeitsämtern, von den Arbeitsgebern und den Gewerkschaften. Mit allen diesen Kreisen, namentlich auch mit der städtischen Gewerbebehörde, arbeiten die Organisationen des Handwerks in der Bekämpfung der Schwarzarbeit Hand in Hand.

* **Bericht über die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Dillenburg vom 1. bis 15. Juli 1931.** Seit der letzten Stichtagsmeldung am 1. Juli sind wesentliche Veränderungen der Arbeitsmarktlage nicht eingetreten. Die Zahl der Arbeitsuchenden beträgt 6395, dagegen im Vorjahre 3629, also rund 7700 Arbeitsuchende mehr. Daß die Zahl der Arbeitsuchenden in der Berichtszeit etwas abgenommen hat, hat seinen Grund darin, daß die sich als arbeitslos meldenden nach der neuen Notverordnung eine längere Karenzzeit durchmachen müssen und erst später als Unterstüßte erscheinen. Arbeitslosenunterstützung wurde in der Berichtszeit an 2370 männliche und weibliche Arbeitslose gezahlt. Krüsenunterstützung an 1971, also zusammen 4341. Im Jahre 1930 am 15. Juli waren im Arbeitsamtsbezirk 3026 Unterstüßte. Kurzarbeiterunterstützung erhielten am 15. Juli 1931 500 Arbeitnehmer, bei Notstandsarbeiten wurden 90 beschäftigt. Im Einzelnen ist zu berichten: In der Gruppe Landwirtschaft ist eine Abnahme von 20 zu verzeichnen, einige Förstereien tiefen mehrere Waldarbeiter zurück. Durch wesentliche Betriebsveränderungen einer Grube ist in der Gruppe Bergbau ein Zugang zu verzeichnen. Die Zahl der Arbeitsuchenden in der Gruppe Steine und Erden ist durch Auslieferung zurückgegangen. Die Arbeitsmarktlage in der Metallindustrie ist weiterhin schlecht. Einstellungen kommen fast gar nicht mehr vor und Entlassungen erfolgen täglich. Im Bauhandwerk ist die Lage unverändert schlecht. Neuanmeldungen von Maurern und Bauhilfsarbeitern liegen täglich vor.

* **Diesjährige billige Ferienfahrt nach Hamburg und Rügen.** Nach dem Beifall, den die bisherigen Sonderfahrten in das bayerische Hochland und an die Nordsee bei den Teilnehmern gefunden haben, hat die diesjährige Ferienfahrt der Reichsbahndirektionen Wuppertal und Köln die tagenunwobene Insel Rügen zum Ziel. Auf der Hin- und Rückfahrt wird die Fahrt in Hamburg unterbrochen, um die Schönheiten dieser gewaltigen Hafenstadt kennenzulernen. Die Ferienonderfahrt findet vom 12. bis 19. August statt. Die Kosten der Reise einschließlich Fahrpreise, voller Verpflegung und Übernachtung, Stadt- und Hafenrundfahrt in Hamburg, Brückengeld in Binz, Kleinbahnfahrt Putbus-Binz, Autofahrt nach Stellingen und Besichtigung von Hagenbeds Tierpark, Besichtigung eines Dampfers usw. betragen ab Hagen: 2. Klasse 112,70 RM, 3. Klasse 97,10 RM. Weitere Auskunft erteilen die Fahrkartenausgaben. Der Verkauf der Fahrkarten und Gutscheinhefte beginnt am 27. Juli und wird voraussichtlich am 7. August geschlossen.

* **Einstellungsgesinnungen gegen Doppelverdiener.** Der Reichsarbeitsminister hat in einem an die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gerichteten Schreiben erneut zur Doppelverdienerfrage Stellung genommen. Eine Milderung der Gesetzgebung ist allerdings zurzeit nicht vorgesehen, weil der Reichsarbeitsminister glaubt, daß die genügende gesetzliche Handhabe da ist, Richtlinien über die Einstellung von Arbeitnehmern, also auch über den Ausschluß von Doppelverdienern bei Neueinstellungen, zu vereinbaren. Der Reichsarbeitsminister betont besonders dabei, daß zum Zustandekommen solcher Vereinbarungen die Schlichtungsbehörden herangezogen werden könnten.

Laasphe:

* **Bei der hiesigen Kreispartafarre** standen an den drei letzten Tagen der gemachten Auszahlungen auch entsprechende Einlagen gegenüber, die sich hierdurch etwa die Waage hielten. Dies zeugt von dem gefundenen Sinn unserer Wittgensteiner Bevölkerung und zerstreut hoffentlich noch etwaige Befürchtungen ängstlicher Gemüter.

* **Bei den Reichsjugendwettkämpfen auf dem Giller** errangen vom Turnverein Laasphe Preise: 1. Gruppe Mädchen: 15. Preis Wilhelmine Hartz 52½ Punkte, 16. Pr. Lotte Kieselwalter 52 Pkt. — 2. Gruppe Mädchen: 7. Pr. Meta Feuring 103 Pkt., 27. Pr. Pauline Rühl 89 Pkt. — 3. Gruppe Turnerinnen: 7. Pr. Lisa Göbel 104½ Pkt., 19. Pr. Hermine Dreisbach 97 Pkt. — 1. Gruppe Turner: 10. Pr. Alfred Scheuer 107 Pkt., 15. Pr. Alfred Hartz 103½ Pkt., 22. Pr. Walter Scheffel 100 Pkt., 26. Pr. Helmut Konrad 98 Pkt., 40. Pr. Rudi Zacharias 89½ Pkt., 41. Pr. Walter Fetz 89 Pkt.

** **Niederlaasphe. Schlägerei.** Gelegentlich eines am gestrigen Sonntag stattgefundenen Tanzabends kam es unter den jungen Leuten zu Reibereien, die schließlich in eine wilde Schlägerei ausarteten und sich bis in die Laaspheer Bahnhofstraße fortsetzten, wobei es blutige Köpfe gab. Wie uns mitgeteilt wird, sollen hauptsächlich Oberndorfer Bur-schen an den Ausschreitungen beteiligt gewesen sein.

Erndtebrück:

Die neu errichtete Gemeinde-Badeanstalt wurde am Samstag nachmittag um 6 Uhr der Öffentlichkeit übergeben. Gemeindevorsteher Sureth richtete an die zahlreich versammelten Einwohner der Gemeinde eine Ansprache, in der er zunächst seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß mit der Eröffnung der Badeanstalt ein langgehegter Wunsch in Erfüllung gehe. Wenn auch heute noch hier und da in der Gemeinde die Ansicht vertreten sei, daß die zum Bau der Badeanstalt verwandten Gelder anderweit zweckmäßiger zu verwenden gewesen seien, so treffe dies nicht zu. Einmal seien die Gelder nur für diesen ausschließlichen Zweck zur Verfügung gestellt worden, sodas die Gemeinde, falls sie sich zu der Anlage nicht entschlossen habe, wohl für lange Zeit das Nachsehen gehabt habe und zum andern mal erfahre wieder die Gemeinde noch der einzelne Steuerzahler durch die Finanzierung der Badeanstalt irgendwelche Belastung. Gemeindevorsteher Sureth dankte dem Landrat Brossot sowie der Fürsorgekommission Emma für ihre Bemühungen um die Beschaffung der Mittel, ferner Bautechniker Bürger, unter dessen Leitung die schöne Anlage geschaffen worden sei. Ferner dankte er allen Unternehmern und deren Arbeiter für die geleistete Arbeit. Indem er die Anlage nunmehr der Öffentlichkeit übergebe, hoffe er, daß der gute Zweck in weiten Kreisen erkannt und die Badeanstalt entsprechend benutzt werden möge, zum Wohle des Einzelnen und der Gemeinde.

An den Reichsjugendwettkämpfen auf dem Gillerberg am gestrigen Sonntag nahm der hiesige Turnverein mit 24 Turnerinnen und Turnern teil. Früh um 7 Uhr zogen sie unter Vorantritt des Tambourkorps hinaus zum Giller, wo auf dem ausgebehten, schönen Sportgelände auf bevaldeter Bergeshöhe der friedliche Wettbewerb um den schlichten Eigentanz bald seinen Anfang und trotz des wenig günstigen Wetters auch seinen programmmäßigen Verlauf nahm. Die Leistungen waren im allgemeinen recht gut, sodas sie vom Wetter wenig beeinflusst schienen. Vom hiesigen Verein errang in der 1. Gruppe der Turnerinnen Lotte Jung mit 59 Punkten den 5. Preis. In der 2. Gruppe errang Ilse Frettlisch mit 102½ Punkten den 8. Preis, Gertrud Wagener mit 97 Pkt. den 15. Pr., Marie Bössel mit 94 Pkt. den 20. Pr., Grete Hinderthür mit 84½ Pkt. den 30. Pr. und Luise Strohmann mit 82½ Pkt. den 33. Pr. In der 3. Gruppe errang Elfriede Schwarzpaul mit 103 Pkt. den 10. Pr., Frieda Mennekes mit 88½ Pkt. den 25. Pr. In der 3. Gruppe der Turner errang Herbert Jung mit 160½ Pkt. den 3. Pr., Karl Bald und Fritz Rath mit je 144 Pkt. den 16. Pr. In der 2. Gruppe Heinz Müller mit 151½ Pkt. den 6. Pr. und Gustav Rath mit 142½ Pkt. den 14. Pr. In der 1. Gruppe erhielt Werner Schmidt mit 110½ Pkt. den 7. Pr., Herbert Wagener mit 105½ Pkt. den 11. Pr., Helmut Richtein mit 104½ Pkt. den 13. Pr., Karl Belz mit 102 Pkt. den 18. Pr., Karl Frettlisch mit 101 Pkt. den 20. Pr., Rudolf Dreisbach mit 99½ Pkt. den 23. Pr., Helmut Moll mit 97½ Pkt. den 27. Pr., Robert Marburger mit 94 Pkt. den 33. Pr., Karl Daus mit 91½ Pkt. den 37. Pr., Ludwig Strohmann mit 90½ Pkt. den 39. Pr. und Hans Schnell mit 81½ Pkt. den 52. Pr. Diese letzte Jugendgruppe ist die Hoffnung des Vereins, der es bei weiteren guten Fortschritten unter der bewährten Führung ihres Turnwartes Fritz Mennekes demnächst wieder einmal gelingen dürfte, das Jugendbanner zu erringen. Gestern war es zum dritten Male der Turnverein Wingershausen, der die so heiß umstrittene Trophäe heimführen durfte. Mit dem Turnverein Wingershausen sind alle Wittgensteiner Vereine stolz auf diesen Sieg. Aber auch der Turnverein Erndtebrück darf mit den Erfolgen des gestrigen Tages recht zufrieden sein, kehrten doch alle Turnerinnen und Turner mit dem schlichten Eigentanz heim, wiederum geführt vom Tambourkorps. Außer den aufgeführten Preisen gelang es den Turnerinnen von Erndtebrück bei den Sondervorführungen bei gleicher Punktzahl mit den Vereinen von Hilsenbach und Kredenbach, mit 78 Punkten den 1. Preis zu erringen. Die Turner belegten mit 70 Pkt. beim Staffellauf den 4. Platz. — Allen Siegerinnen und Siegern vom Gillerbergfest 1931 ein fröhliches „Gut Heil!“ W.

Zwischen 2 Zigaretten

3000000-Tabletten



Aus Nah und Fern.

— **Burg.** Ein folgenschwerer Motorradunfall ereignete sich am oberen Auszug unseres Dorfes. Ein von Dillenburg kommender Motorradfahrer aus Nantenbach, der in die Landstraße nach Herborn einbiegen wollte, fuhr mit seiner Maschine gegen die rechte Mauer der Dillbrücke. Mit einer schweren Gehirnerschütterung blieb der Fahrer bewusstlos liegen. Er wurde in eine Privatklinik nach Herborn gebracht. Das Motorrad war vollkommen gebrauchsunfähig.

— **Mademühlen.** Ein gemeiner Bubenstreich. In einer der letzten Nächte verübte ein hiesiger Einwohner

einen ganz gemeinen Streich auf dem Grundstück der hiesigen Molkerei. Zunächst knickte er einen jungen Obstbaum ab, zerschchnitt dann die Bereifung eines Fahrrades und zertrat eine auf dem Gern brütende Henne. Der Täter wurde von zwei Einwohnern, die in unmittelbarer Nähe waren, ertappt. Er sieht einer exemplarischen Strafe entgegen.

— **Diez.** Vom Affen gebissen. Auf der Kirmes in Dieznadte ein kleiner Junge den Affen einer Schaustellerbude. Das Tier wurde wütend und biß den Jungen ins Bein. Er mußte mit einer starken Verletzung ins Krankenhaus gebracht werden.

Verkehrslugzeug landet in Schrebergärten.

Frankfurt a. M., 19. Juli. Das Verkehrsflugzeug D 1085, Führer Oswald, welches um 17.20 Uhr auf dem Frankfurter Flughafen zum Flug nach Köln gestartet war, mußte unmittelbar nach dem Start in den neben dem Flugplatz liegenden Schrebergärten infolge Versagens des Motors landen. Sämtliche Insassen, die außer der Besatzung aus zwei Insassen und einem Kinde bestanden, blieben unverletzt. Die Fluggäste setzten ihre Reise nach Köln mit der Bahn fort. Eine Nachprüfung der Ursache, die zum Aussehen des Motors führte, ist eingeleitet.

!! **Bad Münster.** (Fürstliche Belohnung.) Auf dem Autoparkplatz fand der Wächter Deuschler eine Handtasche mit 30 000 RM Inhalt. Der ehrliche Wächter lieferte den Fund ab, und bald meldete sich als Verliererin eine Dame, die sich in einem Gesellschaftsauto auf einer Rundreise durch deutsche Bäder befand. Hoch erfreut, die wertvolle Handtasche wieder erhalten zu haben, gab sie dem ehrlichen Finder als Belohnung 50 Pfennige!

!! **Udernach.** (Schlafwandlerin aus dem Fenster gestürzt.) In der Nacht öffnete ein zehnjähriges Mädchen im Traumzustand ein Fenster der elterlichen Wohnung, stieg auf die Fensterbank und stürzte auf die Straße. Bewohner hörten den Aufschlag und eilten hinaus, wo sie das Kind mit schweren Verletzungen auffanden.

Trier, 1. Juli. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete A. Krzizalla aus Laurahütte, der am Mittwoch bei Ausschreitungen festgenommen wurde, ist vom Schnellrichter wegen Vergehens gegen die Notverordnung vom 28. März zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Verurteilung erfolgte, weil Krzizalla, obwohl er vom Oberbürgermeister die Mitteilung erhalten hatte, daß öffentliche Umzüge verboten seien, versucht hatte, auf dem Hauptmarkt eine Ansprache zu halten. — In eine Waffenhandlung drangen Demonstranten ein und raubten 16 Revolver und Munition.

!! **Saarbrücken.** (Juwelenhändler um 72 000 RM betrogen.) Ein Idarer Juwelenhändler ist dieser Tage einem gerissenen Gauner zum Opfer gefallen, der ihn um Edelsteine im Gesamtwert von 72 000 RM zu prellen verstand. Der Gauner, der sich als Sohn eines Saarbrücker Bankiers bei ausgab, hatte mit dem Juwelenhändler wegen des Kaufes eines Hauses verhandelt. Der Kaufpreis in Höhe von 115 000 RM wurde in einem Wechsel auf die Reichsbanknebenstelle in Saarbrücken gezahlt. Als der Gauner von der angeblichen Unrichtigkeit seines Vaters Mitteilung machte, ein Juwelen-Kommissionsgeschäft zu eröffnen, gelang es ihm, von dem Juwelenhändler Edelsteine im Gesamtwert von 72 000 RM zu erlangen, die er mit einem Scheck bezahlte. Der Schwindler fuhr dann in Richtung Saarbrücken weg. Bald darauf mußte der Idar Händler erfahren, daß er einem gerissenen Gauner in die Hände gefallen war, denn die Reichsbank verweigerte die Einlösung des Schecks und die Annahme des Wechsels. Nach den polizeilichen Ermittlungen handelt es sich um den 1906 in Dudweiler geborenen Kaufmann Arthur Levy, der jetzt flüchtig ist.

Deutsche Kurgäste aus der Schweiz in den Schwarzwald gereist. Die Vorgänge in Deutschland bleiben natürlich nicht ohne Einfluß auf die Schweiz. Die deutschen Kurgäste, denen deutsches Geld nicht umgewechselt wird, verlassen die Kurorte, und die Hotellerie bestrebt die Schweizer Behörden, Maßnahmen zu ergreifen, um die Abreise der germanischen deutschen Kurgäste zu verhindern. Besonders drastisch wirkte sich die Umkehr deutscher Kurgäste aus, die im Begriff waren, mit einem Feriensonderzug in die Schweiz zu fahren und in Basel erfahren, daß sie ihr Geld nicht umgewechselt bekämen. Sie haben das getan, was sie gleich hätten tun können, sie sind in den landeshöflich mindestens ebenso schönen und gesunden Schwarzwald gefahren.

Beehängnisvolles Fußballspiel. In Arnstein in Unterfranken spielten Kinder Fußball, wobei sie einen Lichtleitungsdraht mit dem Ball herunterstießen. Ein neunjähriger Knabe wurde, als er den Draht berührte, auf der Stelle getötet.

Die gefährliche Wuchsuppe. In Jülich sind nach dem Genuß von Wuchsuppe 12 Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Vier Personen konnten noch im Laufe des gleichen Tages entlassen werden, die übrigen befinden sich auf dem Wege der Besserung. Ueber die Vergiftungssache kann Genaueres noch nicht mitgeteilt werden.

Der Schmuggel hat aufgehört. Der Schmuggel an der belgischen und holländischen Grenze mit Tabak und Rasse hat plötzlich aufgehört. Die Großsmuggler sind zurückhaltend geworden und die kleineren „Unternehmer“ verfügen nicht über die notwendigen Devisen.

Das Stargarder Gericht in Flammen. In Stargard (Pommern) schlug ein Blitz in das Landgerichtsgelände ein, das gleich darauf in hellen Flammen stand. Der Dachstuhl sowie der linke Flügel des dritten und des zweiten Stockwerkes sind völlig ausgebrannt.

Flugzeugabsturz bei Neapel. Beim Italienrundflug hat sich ein Todessturz in der Nähe von Neapel bei Cap St. Mesio ereignet. Eine italienische Maschine stürzte ins Meer. Ein Pilot und sein Begleiter sind tot.

Arbeitslose zerstören ein Rathaus. In Cartagena (Spanien) haben Arbeitslose das Rathaus zerstört, weil der Bürgermeister erklärte, er sehe sich nicht in der Lage, den Wittklern Beschäftigung zu verschaffen.

Blutige Rundgebung gegen eine Regerhinrichtung. Ein großer Teil der Regerbevölkerung der Stadt Camphill im Staate Alabama veranstaltete eine große Protestkundgebung gegen die bevorstehende Hinrichtung von wegen angeblicher Vergewaltigung weißer Mädchen zum Tode verurteilten Negern. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, wobei ein Neger getötet und viele andere verletzt wurden.

Wieder Feuergefecht in Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, 19. Juli.

In der Nacht zum Samstag kam es in verschiedenen Straßen Gelsenkirchens erneut zu wiederholten Zusammenstößen zwischen der Polizei und Kommunisten. Die Polizei wurde beschossen und erwiderte das Feuer. An der Ecke Margareten- und Flora-Straße, wo sich eine große Menge Kommunisten angesammelt hatten, wurde die Polizei tödlich angegriffen. Zum Schutz der Anwohner wurde von der Polizei eine energische Säuberungsaktion vorgenommen. Die Polizeibeamten waren auch hier gezwungen zur Schusswaffe zu greifen. Einer der Aufständischen erlitt einen Bauchschuß, ein anderer einen Kniebeschuß und ein dritter einen Armschuß. Die Verletzungen der beiden ersten sind lebensgefährlich.

Im Verlaufe der Nacht wurden noch zwei weitere Verletzte festgestellt, von denen einer sich im Volkshaus verborgen gehalten hatte. Insgesamt wurden in der Nacht 33 Verhaftungen vorgenommen. Dank dem energischen Vorgehen der von zahlreichen Beamten der Kriminalpolizei unterstützten Schutzpolizei war die Ruhe gegen 1 Uhr vollständig wiederhergestellt.

Die politische Polizei entfaltet in Gelsenkirchen eine fieberhafte Tätigkeit. Zahlreiche Hausdurchsuchungen wurden im Laufe des Samstag vorgenommen. Bisher erfolgten noch vier weitere Festnahmen. Die Untersuchung förderte eine Menge belastendes Material zu Tage. Unter anderem konnte der Bursche festgenommen werden, der bei den Ausschreitungen am Mittwoch einen Schupowachmeister in schändlichster Weise mißhandelt hat.

Verhaftung der Bremer Wollkönige.

Verdacht des Kontursverbrechens und Betrugs.

Bremen, 18. Juli. Nachdem die mit größter Beschleunigung durchgeführten Ermittlungen des Untersuchungsrichters in Sachen Lahusen nunmehr zu dem Ergebnis geführt haben, daß dringender Tatverdacht besteht, daß nicht nur, wie bisher angenommen, Vergehen gegen die Bestimmungen des Handelsgehebbuches, sondern darüber hinaus Kontursverbrechen und Betrug durch Führung von Geheimkonten, falsche Buchungen und insbesondere Einstellung fingierter Forderungen in Frage kommen, ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft der Haftbefehl gegen die Angeschuldigten Karl und Heinz Lahusen erlassen und vollstreckt worden, weil nunmehr Fluchtverdacht gezeugt ist.

Die Brüder Lahusen sind die verantwortlichen Leiter des zusammengebrochenen Wollkonzerns. Sie spielten in Bremen eine große Rolle und waren bekannt durch den fürstlichen Aufwand, den sie trieben.

Blutige Zusammenstöße in Nordfrankreich.

Streikende Textilarbeiter gegen belgische Gendarmen.

Paris, 19. Juli. Zu schweren Zusammenstößen kam es im nordfranzösischen Textilgebiet hart an der belgischen Grenze.

Als in den frühen Morgenstunden die Autobusse mit nichtstreikenden belgischen Arbeitern die Grenze überqueren wollten, wurden sie von einem wahren Steinregen und durch aufgeworfene Barrikaden aufgehalten. Die belgische Gendarmerie, die sofort einrückte, wurde von den Streikenden buchstäblich überrollt. Die Pferde wurden teilweise so schwer verletzt, daß sie auf der Straße liegen blieben.

Die Autobusse traten sofort die Rückfahrt auf belgisches Gebiet an. Nachdem schließlich Verstärkung von französischer Seite eingetroffen war, gelang es, die Angreifer zu zerstreuen, wobei 48 Verhaftungen vorgenommen wurden. 15 Personen, darunter sieben Gendarmenbeamten, ritten bei den Zusammenstößen schwere Verletzungen.

Ingeborg

ROMAN von FR. LEHNE

11] „Ja, sie ist sehr exklusiv, und ich weiß, daß sie mich nicht begreift, es mir sogar verdreht, wie ich seit dem Tode meines Vaters mein Leben eingerichtet habe! — Soll ich ewig in Sad und Uge gehen? — Warum sollte ich nicht auch Fühlung mit den Dingen suchen, die mir durch Geburt fernstehen? — Ich bitte Sie, solchen Standesvorurteilen zu huldigen, ist einseitig! Die Freundschaft mit Ihrer Mutter war mir sehr wert, lieber Diek, aber meine ganze Lebensanschauung konnte ich ihr doch nicht opfern.“

Die Dame war etwas erregt; in ihrer Stimme zitterte es wie Tränen.

Bestätigend nickte Dietrich. Auch für meinen Vater und für mich sind Mutters Ansichten manchmal unangenehm; na, man gibt eben nach. Ich glaube, sie steht etwas unter dem Einfluß von Tante Plettenbach.“

„Trotzdem sie eine so selbständige Natur ist? — Ich begreife es nicht. Gräfin Plettenbach ist mir gar nicht gut gesinnt, aus Gründen, die weit, weit zurückliegen! Wie gesagt, lieber Diek, deshalb freue ich mich doppelt, daß Sie mir nicht untreu geworden sind.“

Er neigte sich über ihre Hand. „Es war kein böser Wille, lediglich Nachlässigkeit! Ich klage mich dessen an und gelobe Besserung. Tante Plettenbach hat über mich keinen Einfluß, im Gegenteil.“

Sie saßen beide in einer gemütlichen Plauderei, von wo er die Räume gut übersehen konnte.

„Nun möchte ich Sie ein wenig über meine Gäste orientieren! Sehen Sie dort den Herrn, der sich eben am Büfett gütlich tut? Das ist Horstenbed, unser Geliebter, der Holländer, Wotan, Don Juan — und die reizende blonde Dame neben ihm, um die sich einige Kameraden von Ihnen bemühen, ist seine Frau. Sie staunen? — Ja, Sie werden mehr Theaterleute bei mir antreffen! Dort, der Herr mit dem dunklen Wollbart und dem Kneifer ist der Verfasser von „Oth Sörensen“. Er spricht eben mit Doktor Mühl, dem bekannten Chirurgen, dem ich selbst viel verdanke, oder alles, wenn eben das Leben alles ist! Sehen

Schwere politische Bluttat.

Perleberg, 19. Juli. Eine schwere politische Bluttat spielte sich in dem Nachbardorf Llenze ab. Zwischen jungen Leuten aus dem Dorfe kam es, als die kommunistisch gesinnten Elemente die Internationale sangen, zu einem heftigen Wortwechsel. Der bei dem Landwirt Otto Blunt beschäftigte Karl Lent ließ plötzlich nach dem Hof seines Arbeitgebers, verfolgt von dem St-Mann Kersten, der vermutlich verhindern wollte, daß Lent sich eine Waffe holte. Als Kersten den Hof betrat, erhielt er hinter Rücken von dem dort lauernden Lent einen Schlag mit einer Wagenrunge über den Kopf, so daß er benommen zusammenbrach. Kersten wurde schwer verletzt in das Perleberger Krankenhaus gebracht und ist dort seinen Verletzungen erlegen ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Der Täter wurde verhaftet und dem Perleberger Amtsgerichtsgefängnis zugeführt.

Ischewitsche Ortschaft in Flammen.

600 Gebäude vernichtet. — 2000 Obdachlose.

Kojenberg, 18. Juli. In der Gemeinde Bajer (Bezirk Liptovsky So. Mikulas) entstand in einem Wohnhause ein Brand, der rasch eingedämmt werden konnte. Er entfachte jedoch plötzlich von neuem, so daß in kurzer Zeit fast die ganze 573 Nummern zählende Gemeinde in Flammen stand. Bis zu den Mittagstunden fielen dem Brande mehr als 100 Häuser und 500 Nebengebäude zum Opfer. Mehrere Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Durch das Feuer wurden auch das Pfarramt, die Schule, das Postamt, das Gemeindeamt und das Notariat vernichtet.

Der Schaden wird auf 15 Millionen Ischewitronen geschätzt. Mehr als 2000 Personen sind obdachlos und ohne Lebensmittel. Opfer an Menschenleben konnten bis jetzt nicht festgestellt werden, doch werden zahlreiche Kinder vermisst.



Reichswehrmanöver an der Ostsee. Unser Bild zeigt das Ausladen der Pferde auf hoher See in Pontons.

Saison-Ausverkauf

Während des Saison-Ausverkaufs auf alle regulären Schuhwaren 10% Rabatt.

Rest- und Einzelpaare zu besond. Vorzugspreisen. Verschiedene Restpaare von 5.- RM. an

Hans Bruder, Laasphe Schuhwaren

Der wahre Jakob

heute abend 8 1/2 Uhr

zum letzten Male

in den

Laasphe Lichtspielen

Gebr. Klavier

zu kaufen gesucht.

Angebote an die Exp. d. Wittg. Ztg.

Sämtliche

Druckfachen

hier preisw.

Buchdruckerei

E. Schmidt

Laasphe

Autofahrten

Omnibus-

fahrten

Jerurus 100.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung werde ich am Dienstag den 21. Juli 1931, 9 Uhr, im Versteigerungsortal Weiß in Fischelbach

1 Klavier, 1 Schrank, 1 Sekretär;

12 Uhr im Versteigerungsortal Blecher

in Banke

1 Nähmaschine;

ferner 15 Uhr in Laasphe, Lokal

Schäfer.

1 Sofa, 1 Tisch, 6 Stühle,

1 Vertikow, 1 Blumenständer,

1 Teppich, 1 Uhr, 2 Barometer,

1 Posten Hemden, Hosen,

Schlüpfer u. a.

öffentlich meistbietend gegen sofortige

Barzahlung versteigern.

Laasphe, den 20. Juli 1931.

Härtel, Gerichtsvollzieher.

Sie, und das sind in den Augen Ihrer Mutter keine erstklassigen Leute! Und mir ist der Verkehr mit denen Bedürfnis! Sie glauben nicht, welche Fülle von Anregungen von ihnen ausgeht! Natürlich sieht ich sehr sorgfältig; zweifelhafte Elemente haben keinen Zutritt!“

Mit Interesse und Vergnügen gleichzeitig lauschte Steined den Ausführungen der geistvollen Frau, deren jugendliche Frische und Elastizität er bewunderte; trotz ihrer achtundvierzig Jahre! Ihr Haar war vollständig weiß, die Gesichtsfarbe frisch und gesund und die Augen sehr schön und klar, von einem leuchtenden Dunkelbraun. Die Bewegungen ihrer etwas vollen Gestalt waren rasch und lebhaft und die Sprechweise klar und bestimmt.

Dietrich Steined blickte sich um; er fand die Erworte nicht, und nach ihr zu fragen, wagte er doch nicht, trotz der Andeutung von vorher. Er war etwas enttäuscht, fühlte sich aber sehr wohl in den gastlichen Räumen. Gern plauderte er mit der liebenswürdigen Frau, indem er sich gelobte, nachzuholen, was er bisher aus Nachlässigkeit verjäumt, gerade, um zu zeigen, daß er nicht auch zu den rückständigen, vorurteilsvollen Leute gehörte, denen er seine Mutter zuzählen mußte.

Lebhaft klappte Frau von Franzius ihn jetzt an der Hand. „Ach, lieber Diek, ich darf doch so sagen, da ich Sie schon als Knaben gekannt. Jetzt kommt ein besonderer Liebling von mir; da müssen Sie mich schon einen Augenblick entschuldigen.“

Sie war aufgestanden und ging einer Dame entgegen, die sie herzlich auf beide Wangen küßte und diese Dame war keine andere als Ingeborg Roland-Engelth!

Mit Mühe konnte er sie beobachten, und wieder war er betroffen von der Wandlung, die das so bescheidene Mädchen durchgemacht.

Mit der Gewandtheit und Sicherheit der Dame von Welt bewegte sie sich und nahm die Grüße und Huldigungen der sie umdrängenden Herrenwelt entgegen. Ihr Lächeln verkündete ihr erstes Gesicht wunderbar und verlieh ihr etwas Hinreißendes. Ein taubenblaues Tuchkleid mit weißem Epikureinfach und Narmeln umschloß ihre volle Gestalt. Das reiche, dunkle Haar trug sie schlicht gescheitelt und im Nacken zu einem dicken Knoten geschlungen. Diese einfache Frisur paßte wunderbar zu dem reinen, edlen Gesicht, zu der Harmonie ihrer Erscheinung.

Er sah jetzt, wie Frau von Franzius die junge Künstlerin nach seinem Platz hin dirigiert anscheinend wollte sie eine Vorstellung vermitteln.

„Nieder Steined, darf ich Sie mit einem sehr lieben Gast von mir bekannt machen? — Mit unserem Fräulein Roland, wie ich wohl mit Stolz sagen kann, die dazu bestimmt ist, unsere holdsten, schönsten Dichtergestalten zu verkörpern“, sagte Frau von Franzius.

Unwillkürlich nahm sein Gesicht einen kühlen Ausdruck an, als er sah, wie Ingeborg ihn fragend bei der Vorstellung anblickte. Dann aber hatte sie in dem Bruchteil einer Sekunde begriffen. Dietrich von Steined wollte nicht an seine frühere Bekanntschaft mit ihr erinnert sein! Das strahlende Lächeln um ihren Mund erlosch, und gemessen neigte sie den Kopf.

Sie sprachen nur einige wenige gleichgültige Worte miteinander; dann wurde Ingeborg auch von anderer Seite in Anspruch genommen.

Bald darauf verabschiedete sich Dietrich mit dem Versprechen, wiederkzukommen.

„Das sollte mich nur freuen, lieber Diek, Sie sind mir jederzeit willkommen, nicht nur an meinem Tour.“

Auf dem Heimweg dachte er über seine Begegnung mit Ingeborg Engelth nach, die er doch gesucht! Er ärgerte sich über sich selbst; aber es war, als habe ihm innerlich etwas einen Ruck gegeben, sich so ablehnend zu verhalten; doch er konnte den Schlag nicht vergessen, und fast unbewußt fuhr er mit der Hand über sein Gesicht; das war unauslöschlich!

Aber doch brannte das Begehren in ihm, mehr von ihr zu wissen; wie es ihr gelungen war, ihr Ziel zu erreichen. Das alles hoffte er von Frau von Franzius zu erfahren, die ja eine Vorliebe für die junge Künstlerin besaß. Sobald es ihm angängig erschien, suchte er die Baronin wieder auf, die sehr erfreut über sein Kommen war.

„Grüß Sie Gott, lieber Diek! Das ist nett, daß Sie sich auf mich alte Frau besonnen haben.“

„Alte Frau? — Sie scherzen! Doch wer so jung ist wie Sie, darf wohl noch ein wenig mit seinem Alter kokettieren.“

Sie gab ihm einen leichten, kosenen Schlag auf die Wange. „Sie Schmeichler! Doch kommen Sie und machen es sich bequem.“

Wie gemütlich ist es bei Ihnen, wirklich gemütlicher als bei uns daheim; da weht eine so kühle Atmosphäre. Bewundernd sah er sich in dem modernen und geschmackvoll eingerichteten Raume um; da war nicht ein Stück, das nicht hineingehörte und die Harmonie gestört hätte!

(Fortf. folgt.)